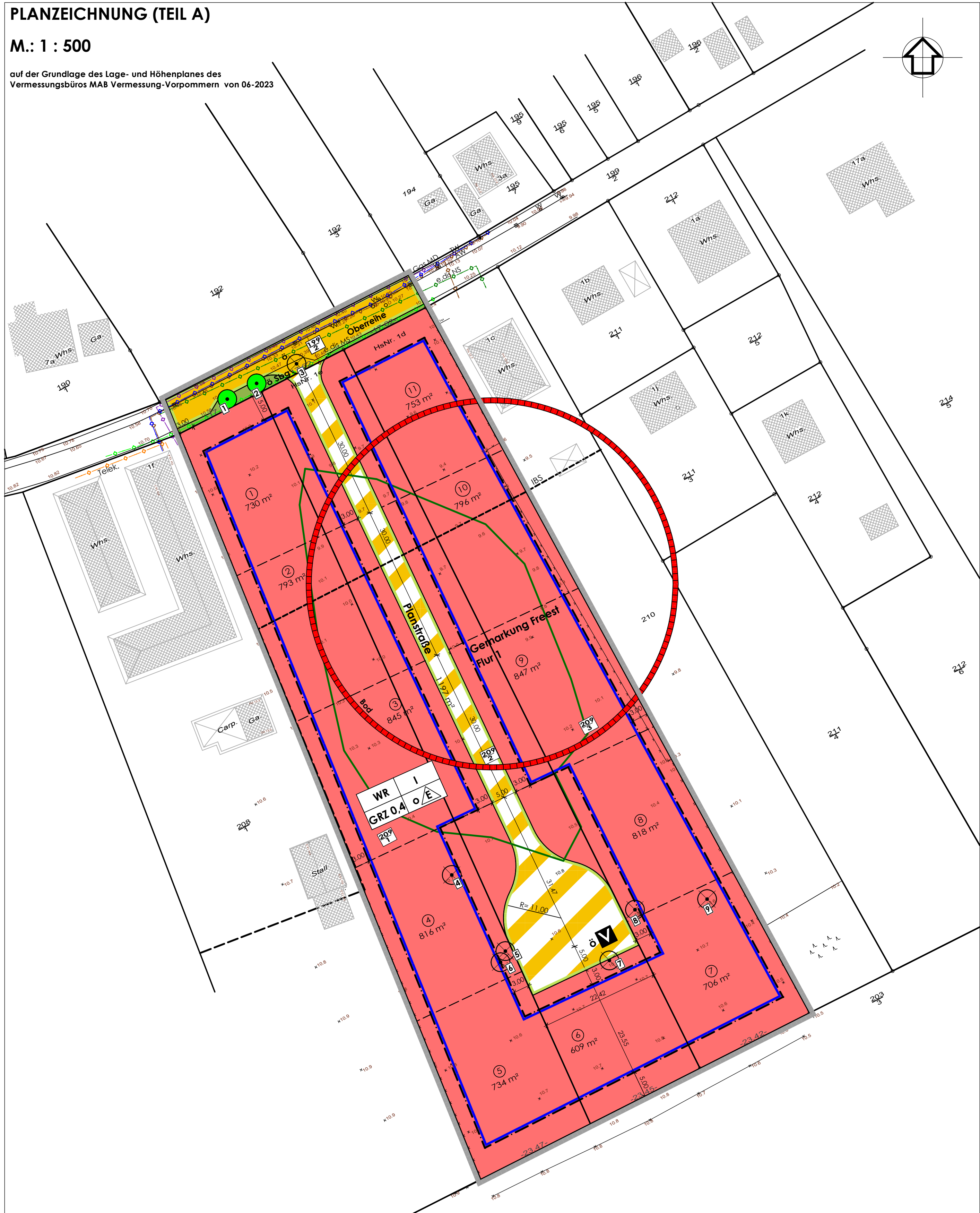


Satzung der Gemeinde Kröslin über den Bebauungsplan Nr. 17 für das „Wohngebiet an der Oberreihe“ im Ortsteil Freest

PLANZEICHNUNG (TEIL A)

M.: 1 : 500

auf der Grundlage des Lage- und Höhenplanes des
Vermessungsbüros MAB Vermessung-Vorpommern vom 06.2023



ZEICHENERKLÄRUNG

gem. PlanV

I. Festsetzungen

1. Art der baulichen Nutzung

WR	Reines Wohngebiet	§ 3	BauNVO
-----------	-------------------	-----	--------

Maß der baulichen Nutzung

GRZ	Grundflächenzahl als Höchstmaß	§ 19	BauNVO
------------	--------------------------------	------	--------

2. Bauweise, Baugrenzen, Stellung der baulichen Anlagen

I	offene Bauweise	§ 22 Abs. 1 Nr. 2	BauNVO
----------	-----------------	-------------------	--------

3. Verkehrsflächen

E	offene Bauweise	§ 22 Abs. 2	BauNVO
----------	-----------------	-------------	--------

4. Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen

NS	Trinkwasser	§ 9 Abs. 1 Nr. 13	BauGB
-----------	-------------	-------------------	-------

5. Grünflächen

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 1 Nr. 15	BauGB
-------------	-------------	-------------------	-------

6. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und § 9 Abs. 4	BauGB
-------------	-------------	--------------------------------------	-------

7. Sonstige Planzeichen

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

II. Darstellungen ohne Normcharakter

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

III. Nachrichtliche Übernahmen

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

Nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 17

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

Nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 17

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

Nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 17

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

Nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 17

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

Nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 17

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

Nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 17

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

Nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 17

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

Nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 17

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

Nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 17

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

Nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 17

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

Nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 17

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

Nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 17

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

Nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 17

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

Nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 17

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

Nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 17

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

Nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 17

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

Nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 17

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

Nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 17

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

Nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 17

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

Nachrichtliche Darstellungen außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 17

Grün	Grünflächen	§ 9 Abs. 7	BauGB
-------------	-------------	------------	-------

TEXT (TEIL B)

I. Planerische Festsetzungen (§ 9 Abs. 1 BauGB)

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 3 BauNVO, § 1 Abs. 5 und Abs. 8 BauNVO)

Festgesetzt wird das Reine Wohngebiet gemäß § 3 Abs. 1, 2 und 4 BauNVO.

(1) Das Reine Wohngebiet dient dem Wohnen.

(2) Zulässig sind:

- 1. Wohngebäude

(3) Anlagen zur Kinderbetreuung, die den Bedürfnissen der Bewohner des Gebiets dienen, sind zulässig, wenn sie:

- die der Ver- und Entorgung des Plangebietes dienenden Nebenanlagen gemäß § 14 Abs. 2 BauNVO,
- Räume für Freizeitanlagen gemäß § 13 BauNVO i.V.m. § 1 Nr. 5 BauNVO, sofern die allgemeine Zweckbestimmung des Baugebietes gewahrt bleibt.

(4) Nicht zulässig sind:

- 1. Ausnahmen im Sinne von § 3 Abs. 3 BauNVO zur Errichtung von:
- Läden und nicht störenden Handwerksbetrieben, die zur Deckung des täglichen Bedarfs für die Bewohner des Gebiets dienen, sowie kleine Betriebe des Beherbergungsgewerbes.

(5) Der Ausschluss von Ferienwohnungen erfolgt auf Grundlage des § 1 Abs. 6 BauNVO i.V.m. § 3 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO unter Wahrung der allgemeinen Zweckbestimmung des Baugebietes.

(6) Nicht zulässig sind:

- 1. sonstige Anlagen für soziale Zwecke sowie den Bedürfnissen der Bewohner des Gebiets dienende Anlagen für kulturelle, kulturelle, gesundheitliche und sportliche Zwecke.
- Nebenanlagen für die Kinderhaltung im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO.

2. Überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 BauNVO)

Die Wohngebäude sind parallel bzw. rechtwinklig zu den straßenseitigen Baugrenzen zu errichten.

3. Größe der Baugrundstücke (§ 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB i.V.m. § 23 BauNVO)

Die Mindestgröße der Einzelgrundstücke wird mit 600 m² festgesetzt.

4. Festsetzungen für Flächen für private Stellplätze, Carports, Garagen und Nebenanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 Abs. 6 und § 14 BauNVO)

Gemäß § 23 Abs. 5 BauNVO dürfen nichtüberbaute Stellplätze, Carports, Garagen, Nebengebäude und Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO auch außerhalb der Baugrenzen errichtet werden.

(1) Carports, Garagen und Nebengebäude dürfen nur mit einem Mindestabstand von 3,00 m von den öffentlichen Verkehrsflächen eingetragener werden.

(2) Im gesamten Bebauungsbereich sind Tiefgaragen und Gemeinschaftsgaragen unzulässig.

5. Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)

Je Wohngebäude ist maximal eine Dauerwohnung zulässig.

6. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

(1) Ebene der Stellplätze sowie ihre Zufahrten sind in einer wasser- und luftdurchlässigen Bauweise auszuführen.

(2) Die zum Erhalt festgesetzten Bäume sind vor Beschädigungen, Bodenauflösungen sowie Bodenversackungen zu schützen. Abgrabungen und Gefälleausfüllungen im Kronen- oder Bereich des Baumes sind unzulässig.

7. Maßnahmen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a) BauGB)

(1) Mindestens 80 % der nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind als Vegetationsflächen anzulegen und von jeglicher Art der Versiegelung freizuhalten. Mindestens 15 % der Vegetationsflächen sind öffentlich zu gestalten und zu unterhalten.

(2) Im Kronenbereich der zu pflanzenden Bäume ist eine 12 m² große offene Vegetationsfläche freizuhalten. Der durchwurzelbare Bodennur der neu zu pflanzenden Bäume darf 12 m² nicht unterschreiten. Die Qualitäten der zu pflanzenden Bäume müssen den „Gütebestimmungen für Baumspendungen“, herausgegeben von Bund deutscher Baumärkte, entsprechen. Das Pflanzgut muss die regionale Herkunft norddeutsches Holz haben.

8. Maßnahmen für die Bepflanzung und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 b) BauGB)

Die mit Anpflanzgebot festgesetzten Bäume sind auf Dauer zu erhalten und bei Abgang durch Ersatzpflanzungen derselben Art und Qualität zu ersetzen.

II. Bauordnungsrechtliche Gestaltungsvorschriften (§ 9 Abs. 4 BauGB)

1. Äußere Gestaltung der baulichen Anlagen (§ 86 Abs. 1 Nr. 1 LbauO M-V)

(1) Fassaden:

- Für die Fassadenoberflächen der Wohngebäude und Garagen sind nur zulässig:
- Putz,
- Verbländemauwerk,
- Glasanstrichungen und
- Holzverkleidungen, Natursteinplatten sowie Email- und Folienverkleidungen für untergeordnete Fassadenoberflächen.

(2) Für Carports und Nebengebäude sind auch Holzfassaden zulässig.

1.2 Dachgestaltung

(1) Dacheindeckungen:

- Für die Hauptdacheindeckungen der Wohngebäude sind ausschließlich zulässig:
- Hartdachdeckung in Anstrich und in Kalt- oder Warmdach.
- Glasanstrichungen und
- Technik für erneuerbare Energien.

Unzulässig sind Eindeckungen mit Rote, Kunstharz, Email- und Folienverkleidungen und reflektierende Materialien.

1.3 Hinweisschilder

(1) Hinweisschilder sind nur an der Stätte der Leistung erlaubt und dürfen eine Ansichtfläche von 0,5 m² nicht überschreiten.

(2) Die Hinweisschilder dürfen nur:

- nach auf der Außenwand der Gebäude im Erdgeschoss angebracht oder
- als Aufsteller in die Grundstückseinfriedung integriert werden.

Die Höhe des Aufstellers darf 2 m über Geländeoberkante nicht überschreiten.

2. Einfriedungen (§ 86 Abs. 1 Nr. 5 LbauO M-V)

Die Einfriedung der Grundstücke zu den öffentlichen Verkehrsflächen sind nur blickdurchlässige Holz- und Metallgitterzäune, beplante Natursteinmauern und bühnende Strauchhecken bis zu einer Höhe von 1,50 m zulässig.

3. Plätze für bewegliche Abfallbehälter (§ 86 Abs. 1 Nr. 5 LbauO M-V)

Die Plätze für bewegliche Abfallbehälter sind innerhalb der privaten Grundstücksgrenzen anzuordnen und durch feste Einfriedungen mit Eingangs- oder Abgang zu abgrenzen, dass diese von den öffentlichen Verkehrsflächen nicht einsehbar sind.

4. Ordnungswidrigkeiten (§ 84 LbauO M-V)

(1) Ordnungswidrig handelt, wer den Gestaltungsvorschriften gemäß Text (Teil B) II. 1. bis 3. vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 84 Abs. 3 LbauO M-V mit einer Geldbuße bis zu 500,00 € geahndet werden.

III. Naturschutzrechtliche Regelungen (§ 11 Abs. 3 BNatSchG)

1. Bestimmungen des besonderen Artenschutzgesetzes (§ 44 BNatSchG) sind zu beachten. Durch die Baumaßnahmen dürfen keine Nat.-, Wohn- oder Schutzflächen der gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 13 und Nr. 14 BNatSchG geschützten heimischen, wildlebenden Tierarten entstehen, beschädigt oder zerstört werden.

(1) Zulässig sind:

- 1. Rodungen von Gehäusen sind ausschließlich in den Zeiträumen 1. Oktober bis 28. Februar des nachfolgenden Jahres (außerhalb der Vogelzuchtzeit) durchzuführen. Die gerodeten Gehäusen sind innerhalb von fünf Tagen vom Grundstück zu entfernen, um eine Neubesiedlung mit Kleintieren zu vermeiden. Alternativ ist die Anlage von dauerhaften Versicklungsstellen für z.B. Amphibien, Reptilien, Zoonikung und andere Arten durch Aufschüttung von Höhlen möglich. (Vermeidungsmaßnahme VM 1)

(2) Die Pflanzgebietsfläche ist bis zur Bebauung weiterhin intensiv zu beweidet und/oder durch regelmäßige Mähed (1-4-fällig in der Vegetationsperiode) offengehalten. (Vermeidungsmaßnahme VM 2)

(3) Um Individuenverluste durch Kollisionen von Vögeln mit Glasflächen zu vermeiden, ist bei einem mittleren bis hohen Kollisionsrisiko reflexionsarmes Glas, z.B. einseitig reflektierendes Glas mit einem Außenreflexionsgrad von maximal 15%, zu verwenden. Eine für Vögel gefährliche Durchsicht, z.B. an Balken- oder Terrassenbrüstungen aus Glas, ist durch die Verwendung von halbdurchsichtigen Materialien, wie z.B. Milchglas, zu vermeiden.

Bei Neubauten sind bei mittlerem und hohem Kollisionsrisiko (siehe Länderanbelegungsrichtlinie der Vogelzugforschung 2007: Vermeidung von Vogelverlusten an Glasflächen - Bewertung des Vogelschlagrisikos an Glas) Gebäudefassaden mit getesteten und als hoch wirksam bewerteten Kollisionschutz zu verwenden (vgl. RÖSNER et al. 2022: Vogelvermeidungsbau mit Glas und Licht, 3. überarbeitete Auflage, Schweizerische Vogelwarte Sempach). Im Rahmen der Gebäudeplanung ist für die einzelnen Wohngebäude eine Risikobewertung durchzuführen, ob und welche Maßnahmen zur Vermeidung eines Kollisionsrisikos umzusetzen sind. (Vermeidungsmaßnahme VM 3)

(4) Lichtemissionen der Straßen- und Wegebeleuchtung sowie Außenbeleuchtung der Gebäude sind auf ein notwendiges Maß zu begrenzen sowie inerten- und flimmerarmen Lichtquellen zu verwenden. (Vermeidungsmaßnahme VM 4)

IV. Festsetzungen zur Zuordnung von Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen gemäß § 9 Abs. 1a i.V.m. § 1a Abs. 3 BauGB und § 135a und 135c BauGB

(1) Die Kosten für die Ausgleichsmaßnahmen und Ersatzpflanzungen sind zu folgende Bäume innerhalb des Plangebietes sind durch den Vorhabenbegründer zu tragen:

(2) Die vorgegebenen Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen sind parallel zu den baumkulturellen Hoch- und Tiefbau, spätestens jedoch 1 Jahr nach Abschluss der Baumaßnahmen auszuführen.

(3) Die festgesetzten Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen sowie die Kostenübernahmebedingungen sind im Städtebaulichen Vertrag zwischen dem Vorhabenbegründer und der Gemeinde Kröslin zu verankern.

HINWEISE

1. Belange der Forst

Im Verfahren wird gemäß § 15 Abs. 1 Waldgesetz für das Land Mecklenburg - Vorpommern (Landeswaldgesetz - LwaldG) ein begründeter Antrag auf Waldumwandlung gestellt und vor Abschluss des Planverfahrens die Inanspruchnahme der Waldumwandlung mit einer entsprechenden Kompensationsmaßnahme nachgewiesen.

Die Kennzeichnung der Waldfläche ist in der Planzeichnung (Teil A) mit einer grünen Begrenzungslinie erfolgt.

2. Ableitung des im Plangebiet anfallenden Niederschlagswassers

(1) Grundsätzlich hat die Ableitung des im Plangebiet anfallenden Niederschlagswassers getrennt vom Abwasser zu erfolgen.

(2) Das auf den Privatgrundstücken anfallende Niederschlagswasser ist zu sammeln, für die Bewässerung der Vegetationsflächen zu nutzen und im Rahmen der konkreten Objektplanungen entsprechend einer Berechnung zur Bemessung der Versickerungsanlagen mit Hilfe von Mulden, Riegeln oder Zisternen schieds gegen die Anlage zu versickern.

(3) Das anfallende Niederschlagswasser der öffentlichen Verkehrsflächen ist im Bonkett zu sammeln und mittels Muldenversickerung oder Filtergrabenversickerung abzuheben.

3. Belange des Denkmalschutzes

(1) Baudenkmalschutz

(2) Durch das Vorhaben sind keine Bau- und Kunstdenkmale betroffen.

(3) Bodendenkmalschutz

Im Bereich des Plangebietes sind bei früheren Begehungen und/oder Grabungen Bodendenkmale entdeckt worden. Es ist mit Sicherheit bzw. mit Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass im Plangebiet unbewegliche Bodendenkmale vorhanden sind. Daher sind folgende Maßnahmen zur Sicherung von Bodendenkmalen zu beachten:

Der Beginn von Erdarbeiten ist 4 Wochen vorher schriftlich und verbindlich der unteren Denkmalbehörde des Landes Mecklenburg-Vorpommern (DSNG-M-V, v. 06.01.1998, GVBl. M-V Nr. 1/98, S. 12, lt. zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 13.07.2010 (GVBl. M-V S. 385, 392) unverzüglich der unteren Denkmalbehörde anzeigen. Anzeigepflicht besteht gemäß § 11 Abs. 1 DSNG-M-V für den Entdecker, den Leiter der Arbeiten, den Grundeigentümer oder zufällige Zeugen, die den Wert des Gegenstandes erkennen.

Der Fund und die Fundstelle sind gemäß § 11 Abs. 3 DSNG-M-V in unverändertem Zustand zu erhalten. Diese Verpflichtung entsteht 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.

4. Zuordnung der externen Kompensationsmaßnahmen und Kosten gemäß § 9 Abs. 1a i.V.m. § 1a Abs. 3 BauGB und § 135 a bis 135 c BauGB

Die Kosten für die Kompensationsmaßnahmen außerhalb des Plangebietes sind durch den Vorhabenbegründer gemäß Regelung im Städtebaulichen Vertrag zu übernehmen.

5. Belange des gesetzlichen Gehölzschutzes

Bäume mit einem Stammumfang > 1,00 m (gemessen in einer Höhe von 1,30 Metern über dem Erdboden) sind gemäß § 18 NatSchG M-V geschützt.

Bei Fällung eines Baumes ist eine Ausnahme vom gesetzlichen Gehölzschutz bei der unteren Naturschutzbehörde des Ld. Vorpommern, Greifswald zu beantragen. Der Ersatz ist im Baumstumpfkompensationsgesetz des Landes M-V (2007) geregelt.

6. Einzelelemente des Plangebietes (außerhalb des Waldbestandes) sowie mit der Fällung erforderliche Ersatzpflanzungen

Nr.	Kommat	Botanischer Name	Kronen- e in m	Stammum- fang in cm	Eingriff	Schutzstatus	Ersatz
-----	--------	------------------	-------------------	------------------------	----------	--------------	--------

1. Gehölzliche Bäume: Betula pendula 9 141 Schnitt § 18 NatSchG M-V

2. Gehölzliche Bäume: Betula pendula 9 126 Schnitt § 18 NatSchG M-V

3. Gehölzliche Bäume: Betula pendula 10 157 Fällung § 18 NatSchG M-V 2 Bäume

4. Gehölzliche Kiefer: Pinus sylvestris 10 157 Fällung § 18 NatSchG M-V 2 Bäume

5. Gehölzliche Kiefer: Pinus sylvestris 9 120, 120 Fällung § 18 NatSchG M-V 2 Bäume

6. Gehölzliche Kiefer: Pinus sylvestris 10 170, 170 Fällung § 18 NatSchG M-V 3 Bäume

7. Gehölzliche Bäume: Betula pendula 8 126 Fällung § 18 NatSchG M-V 1 Baum

8. Gehölzliche Kiefer: Pinus sylvestris 13 220, 220 Fällung § 18 NatSchG M-V 3 Bäume

9. Gehölzliche Kiefer: Pinus sylvestris 12 180, 180 Fällung § 18 NatSchG M-V 3 Bäume

10. Gehölzliche Kiefer: Pinus sylvestris 12 180, 180 Fällung § 18 NatSchG M-V 3 Bäume

11. Gehölzliche Kiefer: Pinus sylvestris 12 180, 180 Fällung § 18 NatSchG M-V 3 Bäume

12. Gehölzliche Kiefer: Pinus sylvestris 12 180, 180 Fällung § 18 NatSchG M-V 3 Bäume

13. Gehölzliche Kiefer: Pinus sylvestris 12 180, 180 Fällung § 18 NatSchG M-V 3 Bäume

14. Gehölzliche Kiefer: Pinus sylvestris 12 180, 180 Fällung § 18 NatSchG M-V 3 Bäume

15. Gehölzliche Kiefer: Pinus sylvestris 12 180, 180 Fällung § 18 NatSchG M-V 3 Bäume

16. Gehölzliche Kiefer: Pinus sylvestris 12 180, 180 Fällung § 18 NatSchG M-V 3 Bäume

17. Gehölzliche Kiefer: Pinus sylvestris 12 180, 180 Fällung § 18 NatSchG M-V 3 Bäume

18. Gehölzliche Kiefer: Pinus sylvestris 12 180, 180 Fällung § 18 NatSchG M-V 3 Bäume

19. Gehölzliche Kiefer: Pinus sylvestris 12 180, 180 Fällung § 18 NatSchG M-V 3 Bäume

20. Gehölzliche Kiefer: Pinus sylvestris 12 180, 180 Fällung § 18 NatSchG M-V 3 Bäume